

Griechisches Ablenkungsmanöver oder deutsche Ignoranz? – Die unendliche Geschichte griechischer Reparationsforderungen

Gastautor

2015-02-19T09:00:23

von [JASPER FINKE](#)



Dass

Griechenland das Thema der Restrukturierung seiner Staatsschulden in den vergangenen Wochen einmal mehr mit der [Forderung nach noch ausstehenden Reparationsansprüchen](#) gegenüber Deutschland verknüpft hat, dürften viele mit einem Augenrollen quittiert haben: „Alles Politik!“ oder „Nicht schon wieder!“ Die prompte Antwort der Bundesregierung fällt in die zweite Kategorie. Ihr Mantra, das sie bei jeder Gelegenheit wiederholt (vgl. z.B. [hier](#) oder [hier](#)), lautet: die Sache ist seit dem [Wiedergutmachungsabkommen von 1960](#), spätestens aber mit dem [2-plus-4 Vertrag](#) erledigt und das gilt auch für die griechische Zwangsanleihe von 1942 in Höhe von 476 Millionen Reichsmark (vgl. z.B. [hier](#) oder [hier](#)). Im Detail betrachtet ist dies jedoch keinesfalls so einfach. Zwar mag es sich bei der konkreten Forderung um eine verhandlungstaktische Nebelkerze handeln. Unbegründet ist sie deshalb noch lange nicht.

Ein Blick zurück

Zunächst lohnt sich ein Blick in die Geschichte. Dieser verdeutlicht, dass eine thematische Verknüpfung der Restrukturierung von Staatsschulden mit Reparationsforderungen gar nicht so weit hergeholt ist, wie man das auf den ersten Blick meinen mag. So wurden die Vorkriegsschulden Deutschlands durch das [Londoner Schuldenabkommen von 1953](#) (LSA) zu einem ganz erheblichen Teil reduziert. Gleichzeitig wurde mit Art. 5 Abs. 2 LSA „eine Prüfung der aus dem

Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen ... bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt.“

Rückzahlung der Zwangsanleihe als Reparationsforderung

In Bezug auf die Zwangsanleihe von 1942 wird nun vorgebracht, dass deren Rückzahlung außerhalb des Reparationenregimes stehe, die Rückzahlungsforderung also nicht gestundet und schon gar nicht erledigt sei. Taktisch mag man diese Argumentation angesichts der deutschen Position verstehen. Inhaltlich ist sie jedoch wenig überzeugend. Dass es sich nicht um einen gewöhnlichen Anleihevertrag handelt, verdeutlicht schon der Zusatz „Zwangsanleihe“. Die Anleihe steht vielmehr in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kosten der deutschen Besatzung Griechenlands. Dies ist von entscheidender Bedeutung. Der Wortlaut des [LSA](#) erfasst nämlich auch Forderungen gegen das Reich „einschließlich der Kosten der deutschen Besatzung“ und „der während der Besetzung auf Verrechnungskonten erworbenen Guthaben“. Zwar handelt es sich bei Rückzahlungsforderungen nicht um klassische Reparationen. Angesichts des Wortlauts des LSA ist es jedoch wenig überzeugend, die Zwangsanleihe von dessen Anwendungsbereich auszunehmen.

Wiedergutmachungszahlungen sind keine Reparationen

Die Stundung des Art. 5 Abs. 2 LSA greift allerdings nur bis zu einer endgültigen Klärung der Reparationsfrage. Damit wird häufig der Abschluss eines Friedensvertrages in Verbindung gebracht. Auch wenn dieses Verständnis den Erwartungen der Vertragsparteien entsprochen haben mag, so ist es angesichts des Wortlauts nicht zwingend. Dementsprechend sind auch endgültige Regelungen der Reparationsfrage jenseits eines Friedensvertrages denkbar. Die Behauptung der Bundesregierung, mit dem [Wiedergutmachungsabkommen von 1960](#) sei eine entsprechende Regelung erreicht worden, fällt jedoch schon nicht mehr in die Kategorie „noch vertretbar“. Das Abkommen steht im Zusammenhang mit der [deutschen Wiedergutmachungspolitik](#). In diesem Zusammenhang hat Deutschland auch das [Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung](#) erlassen.

Danach sind Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung Menschen, die „aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden [...]“ sind. Eine vergleichbare Definition findet sich auch in Art. 1 Abs. 1 des [Wiedergutmachungsabkommens](#), wonach die BRD 115 Millionen D-Mark „zugunsten der aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen griechischen Staatsangehörigen“ zahlt. Nur diese Zahlungen bilden den Gegenstand des Wiedergutmachungsabkommens und nur in Bezug darauf ist der Vertrag gem. Art. III abschließend. Da aber Wiedergutmachung und Reparationen zwei verschiedene Paar Schuhe sind, erfasst das Wiedergutmachungsabkommen im Gegensatz zum gegenteiligen Mantra der Bundesregierung gerade keine Reparationsforderungen.

Reparationen abschließend geregelt, aber auch für Griechenland?

Bleibt also nur der [2-plus-4 Vertrag](#). Auch wenn es sich formal nicht um einen Friedensvertrag handelt, muss man ihn als größtmögliche Annäherung an einen solchen bezeichnen. Das Problem ist nur: der Vertrag trifft keine ausdrücklichen Regelungen in Bezug auf die Reparationenfrage und Griechenland ist nicht Vertragspartei. Dementsprechend ließe sich einwenden, dass es sich beim 2-plus-4 Vertrag nicht um eine endgültige Regelung im Sinne des Art. 5 Abs. 2 LSA handle. Dem widerspricht jedoch das in der Präambel statuierte Ziel, „abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren“. Ist die Vereinbarung tatsächlich abschließend, so erfasst dies auch die Reparationenfrage, selbst wenn diese nicht ausdrücklich im Vertrag angesprochen wird. Ihre Nichtregelung muss dann so verstanden werden, dass gegenüber Deutschland keine weiteren Forderungen gestellt werden. Das Thema ist mithin erledigt.

Ich halte diese Lesart des 2-plus-4 Vertrages für überzeugend. Das ändert jedoch nichts an dem Problem mangelnder Verbindlichkeit gegenüber Griechenland. Zwar dürfte die Qualifikation des 2-plus-4 Vertrages als Statusvertrag außer Frage stehen, d.h. seine Regelungen gelten *erga omnes* auch im Verhältnis zu Nichtvertragsstaaten. Dies erfordert allerdings eine positive Haltung von Drittstaaten, die auch dadurch zum Ausdruck gebracht werden kann, dass diese dem Vertrag nicht widersprechen. In Bezug auf Griechenland lässt sich eine solche positive Grundhaltung aus der [Charta von Paris für ein neues Europa](#) ableiten. Darin heißt es „Wir nehmen mit großer Genugtuung Kenntnis von dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrag [2-plus-4 Vertrag] über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland [...]“. Die Gretchenfrage lautet also, ob aus dieser Genugtuung, die auch Griechenland mitgetragen hat, eine Bindungswirkung Griechenlands in Bezug auf die nicht ausdrücklich im Vertrag geregelte Reparationenfrage folgt. Ganz so abwegig wie die Behauptung, der Wiedergutmachungsvertrag sei abschließend, ist die Position der Bundesrepublik, die von einer endgültigen Klärung durch den 2-plus-4 Vertrag ausgeht, nicht. Allerdings muss auch berücksichtigt werden, dass Griechenland seitdem immer wieder betont hat, das Reparationenkapitel sei noch nicht endgültig abgeschlossen. Dass sich die positive Haltung Griechenlands somit auch auf eine nur implizite endgültige Regelung der Reparationenfrage erstreckt, ist mithin kaum schlüssig zu begründen. Hinzu kommt, dass auch Frankreich nach Abschluss des 2-plus-4 Vertrages das Thema von bisher nach dem LSA gestundeten Forderungen wieder auf die Tagesordnung gesetzt hatte. In Bezug darauf wird die Bundesregierung mit der Aussage zitiert, dass Gespräche über Personengruppen, die nicht von dem mit Frankreich abgeschlossenen Wiedergutmachungsabkommen erfasst seien, weiterhin möglich wären (vgl. [hier](#), S. 1047).

Eine Art LSA für Griechenland?!

Und was nun? Eigentlich müsste es heißen „zurück auf Los“ und zwar ohne die 4000 Mark einzuziehen. Mit anderen Worten: wir sind wieder bei Art. 5 Abs. 2 LSA und der Stundung der Forderungen. Ob sich Deutschland allerdings darauf berufen kann, nachdem es in den vergangenen 20 Jahren immer wieder behauptet hat,

dass das Thema erledigt sei, ist zweifelhaft. Die völkerrechtlichen Stichworte lauten hier „einseitige Rechtsakte“ und „*acquiescence*“. Auch ließe sich seitenweise und stundelang diskutieren, ob die Ansprüche Griechenlands verwirkt oder verjährt sind, wobei einer Verjährung die Regelung des Art. 5 Abs. 2 LSA entgegensteht und einer Verwirkung die wiederholt geäußerte Position Griechenlands, dass das Reparationskapitel noch nicht abgeschlossen sei.

Die Rechtsposition Griechenlands ist mithin gar nicht so unbegründet, wie man dies auf den ersten Blick meinen dürfte. Gleichzeitig dürfte Griechenland keine Chance haben, die Ansprüche gerichtlich durchzusetzen. Deshalb ist meines Erachtens sinnvoll, sich ein Beispiel an der Regelungssystematik des LSA zu nehmen: eine Restrukturierung der griechischen Staatsschulden und im Gegenzug eine endgültige Klärung der Reparationenfrage.

